

An den  
Vorsitzenden des Rates der Stadt

Friedensplatz 1/Rathaus  
441122 Dortmund  
Zimmer 307  
Telefon: (0231) 50-27240

25.11.2009

### **Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt**

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.1
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt		26.11.2009

### **Tagesordnungspunkt**

Nachtragssatzung der Stadt Dortmund für das Haushaltsjahr 2009

### **Anträge der Fraktion DIE LINKE zum Nachtragshaushalt 2009 und zum Massnahmenkatalog Verwaltungsumbau 2010**

#### **1.) Kommunen von Schulden entlasten**

##### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, durch kraftvolle politische Initiativen den Druck auf die Landesregierung NRW und die Bundesregierung zu erhöhen, um die Verschuldung der Kommunen und die daraus folgenden Zinslasten zurückzuführen (Schuldenerlasse, Zinsmoratorien, Umschuldungen privater auf zinsfreie öffentliche Darlehen). Über diese Initiativen und deren Ergebnisse ist dem Rat halbjährlich zu berichten.

##### **Begründung**

Die Schulden der Stadt Dortmund werden gegen Ende des Haushaltsjahres 2010 das verbliebene Eigenkapital der Stadt übersteigen. Schon heute erreicht der Schuldenstand etwa die Höhe eines ganzen Haushaltes. Mehr als drei Viertel der Verbindlichkeiten bestehen gegenüber privaten Gläubigern (Banken und anderen Anlegern). Der Zinsaufwand belastet den städtischen Haushalt mit ca. 100 Mio €. Das Zinsänderungsrisiko ist in den

kommenden Jahren hoch und kann die planmäßigen Haushaltsdefizite 2010 bis 2013 leicht um 30 Mio € jährlich steigern.

In diese Zwangslage ist die Stadt vor allem durch die chronische und politisch gewollte Unterfinanzierung der Kommunen durch Land und Bund geraten. Aus eigener Kraft kann Dortmund aus dieser Schuldenfalle nicht mehr heraus kommen. Abhilfe ist – unter anderem – über politischen Druck der Kommunen und ihrer Verbände auf Land und Bund zur Reduzierung der kommunalen Schulden bzw. Zinslasten zu schaffen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten hat die Dortmunder Stadtspitze sich darin bisher unangemessen zurückgehalten. In der gegenwärtigen Haushaltsslage ist dies umso weniger gerechtfertigt.

## **2. ) Wirtschaftsförderung in Beschäftigungsförderung umbauen**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des Aktionsplans Soziale Stadt zeitnah ein Konzept zum grundlegenden Umbau der Wirtschaftsförderung Dortmund (WF-DO) in eine „Beschäftigungsförderung für solidarisch organisierte Arbeit“ auszuarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Die im Teil „Menschen und Kompetenzen“ des Dortmund-Project im Arbeitsschwerpunkt „Ausbildung-Qualifizierung-Vermittlung von Arbeitskräften“ etablierten Projekte zu

- frühkindlicher Förderung,
- Ausbildung,
- Berufsorientierung an weiterführenden Schulen
- Vernetzung der Dortmunder Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit der lokalen Wirtschaft,

das DLZW (Dienstleistungszentrum Wirtschaft)

und die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

werden fortgeführt, ihre Effizienz wird weiter entwickelt.

Alle übrigen Aktivitäten der Wirtschaftsförderung werden in das zu entwickelnde Konzept „Beschäftigungsförderung für solidarisch organisierte Arbeit“ übergeleitet.

### **Begründung**

Das Dortmund-Project hat seine Zielmarken bei weitem verfehlt. Sein erklärtes Kernziel, „die Basis für ein überproportionales Wachstum“ der Dortmunder Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung zu legen, auf dem auch seine modifizierte Strategie besteht, ist nach dem dokumentierten Sachstand (siehe Branchenbericht 2009) in absehbarer Zeit so nicht mehr zu erreichen. WF-DO selbst schätzte ihren Erfolg 2008 realistisch so ein: „Dortmund besetzt mittlerweile sehr erfolgreich Marktnischen in technologie-orientierten Branchen. Gleichwohl liegt die Stadt Dortmund hinsichtlich des Niveaus wichtiger volkswirtschaftlicher Kennzahlen wie Bruttowertschöpfung, Einkommen/Kaufkraft, Erwerbsbeteiligung, F&E-Quoten, Bruttoanlageinvestitionen u.a. (...) deutlich hinter nationalen Spitzenstandorten zurück.“ (Strategische Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung Dortmund)

Insbesondere hat die Dortmunder Wirtschaftsförderung nur wenig zum Erhalt und Wieder-

aufbau sozialversicherungspflichtiger, oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums entlohnter Beschäftigung beigetragen. Die Aufwendungen der letzten zehn Jahre für die Wirtschaftsförderung in dreistelliger Millionenhöhe haben nicht verhindert, sondern im Gegenteil dazu geführt, dass in Dortmund vor allem prekäre Beschäftigung im Niedriglohnssektor zunahm und zum erheblichen Teil sozialversicherte Normalarbeitsplätze verdrängte. Die Folge ist auch eine überproportionale Belastung des städtischen Sozialhaushalts.

Somit wäre die Weiterfinanzierung des Dortmund-Projekts wie vorgesehen über 2009 hinaus eine unverantwortliche Verschwendung öffentlicher Mittel. Mit einem großen Teil des Budgets der Wirtschaftsförderung könnten an anderer Stelle mehr existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Ausweg liegt – neben dem Ausbau des öffentlichen Dienstes selbst – in einem Sektor solidarisch organisierter Arbeit. Das riesige Leistungspotential der Menschen unserer Stadt wird nicht primär über Exportindustrien und dazugehörige unternehmensnahe Dienstleistungen zu erschließen sein, sondern über lokale / regionale Wirtschaftskreisläufe. Durch Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, als Anschubfinanzierung im Bereich gemeinnütziger Selbsthilfeprojekte können gesellschaftlich nützliche, solidarisch organisierte Tätigkeiten mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gesichert werden. Gerade die Stadt kann die Menschen durch vielerlei Förderung ermutigen, unterstützen und qualifizieren, sich selbst gesellschaftlich nützlich zu betätigen.

Arbeit gibt es genug in Dortmund. In sozialen Diensten, Gesundheit und Pflege, Breitenkultur, Umweltschutz usw. fehlt es an allen Ecken und Enden. Vieles für unser Zusammenleben dringend Notwendige kann heute gar nicht oder ungenügend oder nur ehrenamtlich, d.h. unentgeltlich geleistet werden, obwohl der gesellschaftliche Nutzen entsprechenden Lohn rechtfertigt.

Als solidarisch organisierte Arbeit werden Betriebe und Beschäftigungsprojekte kommunal gefördert,

- deren Tätigkeit vorrangig auf die Herstellung bzw. Erhaltung von Gebrauchswerten des örtlichen Bedarfs (Selbstversorgung und lokaler Austausch) und nicht oder nicht vorrangig auf Gewinnerzielung gerichtet ist,
- deren Erzeugnisse sozial und ökologisch sinnvoll sind,
- die sich selbst verwalten (Genossenschaften u.ä.),
- deren Mitglieder, Teilhaber-innen und Mitarbeiter-innen vorrangig langzeitarbeitslos waren,
- deren Arbeitsentgelte und –bedingungen sich an branchenübliche Tarife bzw. Mindestlöhne anlehnen.

Auf diese öffentliche Beschäftigungsförderung soll die Stadt, neben dem Ausbau des öffentlichen Dienstes selbst, alle Energie ihrer Beschäftigungspolitik konzentrieren. Die Wirtschaftsförderung Dortmund (WF-DO) ist entsprechend neu auszurichten und von Grund auf umzubauen.

In das Konzept sind die Fördermittel der Agentur für Arbeit und der ARGE soweit möglich einzubeziehen.

### **3.) Das Sozialticket ohne Preiserhöhung erhalten und ausbauen**

#### **Beschlussvorschlag:**

Solange kein verbundweites Sozialticket - das auch den Namen Sozialticket verdient - durch den VRR geschaffen ist, wird in Dortmund das Sozialticket weiterhin zum Preis von € 15,- angeboten.

Die Nutzungsbedingungen des Sozialtickets werden benutzerfreundlicher geregelt

Der BenutzerInnenkreis des Dortmunder Sozialtickets wird erweitert auf alle Personen, deren Erwerbs- oder Renteneinkommen dreißig Prozent über der Sozialhilfe oder dem Arbeitslosengeld II liegen (siehe Köln seit Juli 2009).

#### **Begründung**

##### **„Mobilität ist ein Grundrecht - Freie Fahrt zur Suppenküche ! “**

Unter diesem Motto haben in 2006 und 2007 verschiedene Dortmunder Initiativen, darunter auch Gewerkschaften und Sozialverbände, ein Sozialticket gefordert.

Immer mehr Dortmunder Bürgerinnen und Bürger können sich Fahrten zur Tafel, zur Suppenküche oder zum Sozialkaufhaus nicht mehr leisten, geschweige denn Fahrten zu Dortmunder Parks (Westfalenpark, Tierpark etc.) zur Reinoldikirche oder zum „höchsten Tannenbaum der Welt“ in der Dortmunder Innenstadt.

Auch der SoVD NRW teilt die Auffassung, dass Mobilität *„eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben sowie zur Teilnahme am oder zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt“* ist.

Selbst mit einem Sozialticket sind Kulturrichtungen - z.B. das Konzerthaus - für die betroffenen DortmunderInnen erreichbar nur unter Verzicht auf andere lebensnotwendige Güter, obwohl für den Betrieb des Hauses jährlich ca. 5 Millionen € städtische Mittel bereitgestellt werden. Für andere Dortmunder Leuchtturmprojekte, wie z.B. U-Turm, Phoenixsee oder Flughafen werden ebenfalls regelmäßig 2stellige Millionenbeträge zur Verfügung gestellt.

In der Sitzung des Sozialausschusses am 23.11.09 konnte niemand der Verantwortlichen aus der Verwaltung (auch nicht Dezernent Herr Pogadl) die im Antrag genannten möglichen Kosten in Höhe von ca. 7,8 Mio € (bei 15 € Eigenanteil) für das Jahr 2010 erklären bzw. belegen. Eine Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit – auch Herr Pogadl – waren der Meinung, dass es einen Prüfauftrag zur Ermittlung der wirklichen Kosten geben müsse.

Bereits in einer Anhörung im Landtag NRW zum Sozialticket - April 2009 - wurden das Zustandekommen der Dortmunder Zahlen (Kosten) seitens der DSW 21 von anderen Experten entsprechend ironisch kommentiert. Während in anderen Städten Refinanzierungsanteile (Mehreinnahmen bzw. Minderbelastungen) durch das

Sozialticket berücksichtigt werden (Kreis Unna: 61 %, Köln: 87 %), wird dieser wichtige Aspekt durch die Verantwortlichen bei den Dortmunder Stadtwerken bewusst vernachlässigt.

Der Personal- und Sachaufwand für die in Köln benutzerfreundliche Regelung des Sozialtickets - Angebot von preiswertem Viererticket, MonatsAbo - liegt in Köln (4 Stellen) weiter unter dem in Dortmund (7 Stellen).

#### **4.) Umweltamt funktionsfähig erhalten**

##### **Beschlussvorschlag:**

Die drei Stellen im Umweltamt StA 60 sind nicht zu streichen, die aktuelle Personalstruktur ist zu erhalten.

##### **Begründung**

Dem Umweltamt kommt aufgrund steigender Krisenhaftigkeit im weiteren Umweltbereich eine stetig wachsende Bedeutung zu. Die Aufgaben werden daher perspektivisch eher größer als kleiner. Das Umweltamt der Stadt Dortmund ist mit 101 Beschäftigten im Vergleich zu anderen Umweltämtern der Region und auch in der Bundesrepublik sehr sparsam besetzt. Im Vergleich zu Dortmund haben Städte wie Bochum (ca. 370.000 Einwohner) 123 Mitarbeiter, Essen (ca. 580.000 Einwohner) 126 Mitarbeiter und Duisburg (ca. 490.000 Einwohner). Dresden hat sogar bei 510.000 Einwohnern 150 Stellen im Umweltamt. Der äußerst knapp bemessene Personalschlüssel zeigt, dass beim Umweltbewusstsein der Stadt Dortmund noch Nachholbedarf gibt. Eine weitere Kürzung ist vor diesem Hintergrund nicht vertretbar.

#### **5.) Keine Reduzierung der Ansätze für Instandhaltung i. V. m. Bezirksvertretungen**

Die Mittel für die Bezirksvertretungen werden nicht reduziert.

##### **Begründung**

Die Mittel der Bezirksvertretungen werden im Bereich Hoch- und Tiefbau fast ausschließlich für die Instandhaltung von Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen ausgegeben. Angesichts der desolaten Gebäudezustände dieser Einrichtungen sind die Reduzierungen erst recht nicht vertretbar. Die Verwahrlosung der heutigen Jugendeinrichtungen trägt zur Verwahrlosung der morgigen Gesellschaft bei. Lokalpolitiker vor Ort haben den größten Überblick über die zu leistenden Maßnahmen und deren Priorität.

#### **6.) Keine Reduzierung der Reinigungsstandards**

Eine Reduzierung der Reinigung an Schulen und in der OGS wird nicht vorgenommen.

## **Begründung**

Die Reinigung der Schulen in Dortmund findet ohnehin schon auf sehr geringem Niveau statt. Eingesetztes Personal steht unter erheblichen Arbeitsdruck bei gleichzeitiger geringer Entlohnung – insbesondere bei eingesetzten privaten Reinigungsunternehmen. Besonders in den ersten Klassen der Primarstufe ist es wichtig den Kindern ein hygienisches Lernumfeld nahe am Kindergartenstandard zu erhalten. In der OGS ist der tägliche Reinigungsbedarf aufgrund der langen Nutzungsdauern höher als in anderen Schulen. Eine Kürzung würde sich hier überproportional nachteilig auswirken.

## **7.) Betrieb der Brunnen im Stadtgebiet aufrecht erhalten**

Die Brunnen im Stadtgebiet sollen im Betrieb bleiben. Der Rat beauftragt die DEW21 für den laufenden Betrieb mit Hilfe von Solaranlagen den Stromverbrauch zu gewährleisten.

## **Begründung**

Im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 in Dortmund hat die Stadt auch eine entsprechende Stadtatmosphäre zu bieten. Dazu gehören auch mit Wasser gefüllte Brunnen, anstatt stillgelegte Brunnenruinen. Einige Brunnen haben zum Teil auch Symbolcharakter historischer Art. Trinkwasserbrunnen sind auch ein Stück Lebensqualität.

## **8.) Anpassung StA 69 – Stadtbahnbauamt an künftigen Bedarf**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Dortmund gibt an die Mitarbeiter des Stadtbahnbauamtes – StA69 - den Prüfauftrag eine mögliche Weiterentwicklung des Stadtbahnnetzes auf Wirtschaftlichkeit und Umweltnutzen im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes. Dabei sind der ÖPNV und das Fahrrad gegenüber dem motorisiertem Individualverkehr zu begünstigen. StA 69 möge dem Rat entsprechende Vorschläge unterbreiten. Die Reduzierung des Stellenplans soll ebenso wie die Reduzierung der Sachmittel bis zur Abarbeitung des Prüfauftrages ausgesetzt werden.

## **Begründung**

Der ÖPNV ist eine Kernsäule der städtischen Verkehre und gegenüber dem Individualverkehr zu begünstigen. Der sogenannte Oilpeak ist bereits überschritten. Die Perspektiven für das Auto in der bekannten Betriebsart nehmen damit ab. Gleichzeitig verstopfen aber immer noch die Straßen mit Zweit- und Drittfahrzeugen, während die Instandhaltung des Strassennetzes Unsummen verschlingt und durch die schwächelnden Finanzen der Stadt kaum noch zu gewährleisten ist. Wir halten daher die Beschreibung eines Endausbaus des Stadtbahnnetzes für verfrüht. Diese Einschätzung sollte aber durch den Sachverstand von StA 69 einer Überprüfung unterzogen werden.

## **9.) Zusammenlegung von Aufgaben „Grün“ aus den bisherigen Orga-Einheiten**

### **Beschlussvorschlag:**

Der derzeit auf drei Orgabereiche aufgeteilte „Grünbereich“ soll wieder zu einer Einheit zusammen geführt werden. Dabei ist eine Überprüfung der Aufgabenbereiche vorzunehmen und zu ermitteln, mit welchem Stellenplan die Aufgaben erfüllt werden können. Eine Vergabe der Aufgaben des Bereiches Grün an Externe ist auszuschließen.

### **Begründung**

Es ist aus der Vorlage nicht erkennbar, ob die anfallenden Arbeiten mit 37 Mitarbeitern weniger zu leisten sind. Zu befürchten ist eine externe Auftragsvergabe die dann zu Niedrigstlöhnen bei den Beschäftigten dieser Dienstleister ausgeführt wird. Ebenfalls ist nicht erkennbar, wie die Personalreduzierung erfolgen soll. Da betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind, müssten für die Mitarbeiter im Grünbereich Ersatzarbeitsplätze gestellt werden. Dies scheint uns derzeit nicht realistisch zu sein.

## **10.) Revision der V2020-Teilprojekte Rechnungswesen, Controlling, KLR-Aufwände prüfen**

Die Streichung der Controllerstellen hat nicht zu erfolgen.

### **Begründung**

Der Erfolg des Doppelhaushaltes 2008/2009 macht auf uns nicht den Eindruck, dass man auf ein Finanzcontrolling verzichten könnte. Eine Professionalisierung des Controllings macht allerdings Sinn, um gerade durch die KLR echte Sparpotentiale überhaupt erst erkennen zu können. Ein nicht abschätzbarer Mehraufwand in anderen Bereichen, wie in der Vorlage benannt, ist eine zu vage Beschlussgrundlage um beschlussfähig zu sein.

## **11.) Kulturbetriebe reorganisieren**

Der Maßnahmenkatalog wird in dieser Form zurückgewiesen. Der Rat stellt keine Blankoschecks aus. Die Verwaltung wird aufgefordert, einen präzisen Maßnahmenkatalog auszuarbeiten und die Einzelmaßnahmen dem Rat zur Entscheidung erneut vorzulegen.

### **Begründung**

Die dargestellten Einzelmaßnahmen sind zu vage formuliert. Das Ziel wird zwar grob angegeben, aber der Weg bleibt im Nebel. Damit wird die Entscheidungskompetenz des Rates stark eingeschränkt. Die Einzelobjekte sind als Paket für den Kulturbetrieb der Stadt zu wichtig. VHS, Musikschule und Zweigbüchereien erfüllen in hohem Maße auch soziale Funktionen zusätzlich zum Bildungsangebot. Durch niedrige Schwellen wird auch einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen der Zugang erleichtert. Eine pauschale Erhöhung von Zugangskosten wirkt sich auf diese Funktion negativ aus.

## **12.) Theaterkooperation / Theater-Reorganisation**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat verpflichtet die Verwaltung zeitnah über die Prüfergebnisse und Teilergebnisse im Bereich des Theaters Bericht zu erstatten.

### **Begründung**

Der Prüfauftrag ist sehr umfassend und allgemein gehalten. Daher ist es wichtig das die Entscheidungsgremien, insbesondere auch der Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit auch im Detail informiert werden. Bei einer Kooperation mit anderen Theatern sind die Einsparungen bei Personal und Material transparent zu machen. Besonders die einsamen Entscheidungen bestimmter Leitungskräfte bedürfen stärker als bisher der öffentlichen Kontrolle.

## **13.) Reorganisation der Sport- und Freizeitbetriebe**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt, dass für alle Sport- und Freizeitanlagen der Dortmund Pass Gültigkeit haben soll. Die RuhrTopCard soll auch für Dortmund erhalten bleiben.

Das Freibad Stockheide soll als wesentlicher Teil der Nahversorgung der Nordstadt mit Freizeitmöglichkeiten erhalten bleiben.

Eine Privatisierung der Dortmunder Bezirksbäder findet nicht statt. Jede Privatisierung von Sportanlagen und sonstigen Sport- und Freizeiteinrichtungen wird generell abgelehnt.

### **Begründung**

In seiner Gesamtheit ist die Vorlage dazu geeignet die Sport- und Freizeitkultur in Dortmund auf lange Sicht durch die angestrebten Privatisierungen zu beschädigen. Sportvereine sind im Regelfall keine Wirtschaftsunternehmen. Die Verlagerung des wirtschaftlichen Risikos auf die Dortmunder Vereine birgt für das ehrenamtliche Vereinswesen erhebliche Risiken. Sie könnten auf Dauer wirtschaftlich gezwungen sein, auf Dauer den Breitensport einzuschränken.

Auch der Zugang für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen wird durch eine Privatisierung erheblich erschwert, wenn nicht die Zugangsgarantie durch die Übertragung des Dortmund Passes erhalten bleibt. Ähnliches gilt auch für die Benutzer der RuhrTopCard.

Das Freizeitbad Stockheide ist für die Nordstadt und die Bewohner des nördlichen Kaiserstrassenviertels die einzige Möglichkeit ortsnahe Freizeitmöglichkeiten. Vor allem in den

Sommerferien ersetzt das Bad für die Bezieher niedriger Einkommen oft die Urlaubsreise. Die Bezirksvertretung Nord hat bereits für einen Erhalt des Freibades gestimmt und hierfür auch Mittel zur Verfügung gestellt.

Damit Freizeit, Schul- und Vereinssport auch weiterhin gleichrangig stattfinden können sind die städtischen Bezirksbäder in kommunaler Hand zu behalten. Die Vereine können durch die Auferlegung unternehmerischen Handelns in arge wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Verbänden wie der DLRG ist nicht unendlich.

Durch eine Privatisierung der öffentlichen Sportanlagen ist auf Dauer der Zugang für die breite Öffentlichkeit eingeschränkt oder sogar unmöglich. Ähnlich wie bei den Schwimmbädern können auch Sportvereine in wirtschaftliche Not geraten.

Fazit: Angesichts der Tatsache, dass sich auch Dortmund als Kulturhauptstadt präsentiert, muss auch das Kulturangebot auf möglichst breiter Basis für alle Schichten der Bevölkerung erhalten bleiben. Regie und Gestaltung dieses Kulturangebotes ist vornehmlich Aufgabe der öffentlichen Hand.

#### **14.) Keine Schließung von einzügigen Grundschulen und Hauptschulen**

##### **Beschlussvorschlag:**

Die Schließung der Loh GS, Wichlinghofer GS, Grafen GS und HS Derne werden abgelehnt.

##### **Begründung**

Haushaltseinsparungen dürfen nicht in den Bereich der Bildung getroffen werden. Die Schließungen der Schulen bedeutet einen erheblichen Eingriff in traditionell gewachsene Strukturen. Einsparungen durch Schließungen von kleinen Schulen, könnten evtl. einen minimalen Beitrag zur Schließung des Haushaltslochs leisten, die Probleme im Bereich der Bildung werden hierdurch allerdings um ein wesentliches größer. Insbesondere die individuelle Förderung und Betreuung würde sich wesentlich verschlechtern, nicht nur an den zu schließenden, sondern auch an den aufnehmenden Schulen.

#### **15.) Personalbestand der Jugendfreizeitstätten erhalten**

##### **Beschlussvorschlag:**

Die Streichung von 32 Teilzeitkräften wird abgelehnt.  
Die Streichung der Mittel für Honorarkräfte wird abgelehnt.

##### **Begründung**

Die Kinder- und Jugendarbeit in den Jugendfreizeitstätten ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche kostenlose bzw. kostengünstige Möglichkeiten der betreuten Freizeitgestal-

tung zu haben. Dieses Standardangebot müsste bei einer Personalreduzierung zurückgefahren werden. Die Streichung der Mittel für Honorarkräfte bewirkt zusätzlich, dass viele spezielle Angebote, z.B. zur Gewaltprävention, die durch Honorarkräfte angeboten werden nicht mehr durchgeführt werden können.

## **16.) Reorganisation der Schulhausmeisterdienste**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat lehnt die Streichung von Schulhausmeisterstellen ab.

### **Begründung**

Der Arbeitsbereich der Schulhausmeister ist mittlerweile zu groß, als dass die Betreuung von mehreren Schulen zu vertreten wäre. Aufgrund der umfassenden Aufgaben ist es besonders wichtig, dass die Hausmeister/-innen „ihre Schule“ besonders genau kennen.

Von daher lassen die aufgeführten Vorteile des Stammhausmeisterprinzips nur dieses Konzept zu.

## **17.) Bewirtschaftung von Schultoiletten**

### **Änderungsvorschlag:**

Stadtamt 65 stellt ein Bewirtschaftungskonzept für alle Schulen auf, setzt dieses in Absprache mit den Schulen um und errichtet ein Berichtswesen.

### **Begründung**

Die Schulen sind hinsichtlich der zu leistenden Bürokratie bereits überfordert. Schulleitungen und Lehrer sind keine originären Verwaltungsangestellten, sondern haben vornehmlich pädagogische Aufgaben. Die Stadt als Schulträger sollte sich nicht aus den administrativen Aufgaben zurückziehen. Für die Instandhaltung der Gebäude ist Amt 65 zuständig.

## **18.) Keine Sachmittelreduzierung des regionalen Bildungsbüros**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt, das Budget des RBB nicht um 250 000 € zu kürzen.

### **Begründung**

Schulsozialarbeit ist heute nur an wenigen Schulen gewährleistet. Es fehlt an den Stellen für qualifizierte Mitarbeiter/-in besonders an den Haupt- und Förderschulen.

Der Übergang von der Schule ins Berufsleben erfordert gerade in der derzeitigen schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage qualifizierte Berufswahlkoordinatoren, die den Schülerinnen und Schüler die nötige Befähigung vermitteln.

Interessante Projekte tragen dazu bei, den Wissenshorizont der Schülerinnen und Schüler auch außerhalb des Unterrichts zu erweitern. Spaß am Lernen und entsprechende Erfolgserlebnisse sind unverzichtbare pädagogische Maßnahmen.

## **19.) Reintegration des Familienprojekts**

### **Änderungsvorschlag:**

Der Rat beschließt, die 14 Stellen nicht zu streichen.

### **Begründung:**

Bittere Ereignisse und Erfahrungen in der Vergangenheit lassen es unter allen Umständen nicht zu, die ohnehin schon dünne Personaldecke um diese 14 Stellen zu reduzieren. Hilflöse Kinder und Familien bleiben dabei auf der Strecke. Dringend zu bearbeitende Fälle bleiben lange liegen, die Betroffenen sind die Leidtragenden.

## **20.) Kita-Küchen im Betrieb von FABIDO erhalten**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt den Erhalt der 45 Kita-Küchen und lehnt die Umstellung auf ein Catering-System ab. Im Bedarfsfall sollen weitere Wirtschaftsküchen bei FABIDO eingerichtet werden.

Der Rat der Stadt Dortmund lehnt betriebsbedingte Kündigungen und den Einsatz an anderen Einsatzorten für hauswirtschaftliches Personal bei FABIDO ab.

### **Begründung**

Gegen die Aufgabe der Wirtschaftsküchen sprechen pädagogische und gesundheitspolitische Gründe.

Das hauswirtschaftliche Personal ist fester Bestandteil des Teams einer Kita. Für die Kinder sind die Hauswirtschafterinnen die Personifizierung dafür, dass ihr körperliches und leibliches Wohl beachtet und umsorgt wird. Sie fühlen sich aufgehoben und nicht selten sind die Hauswirtschafterinnen mütterliche Ansprechpartnerinnen für die Kinder, die ihre besonderen Qualitäten in die Förderung der Kinder einfließen lassen.

Aus gesundheitspolitischer Sicht ist festzuhalten, dass eine gesunde Kinderernährung ausdrücklich gewünscht ist. Frisch zubereitetes Essen ist gesünder als die von Caterern verwendeten Convenience-Produkte, die kaum noch Nährstoffe enthalten und durch die Zugabe von Zusatz- und Konservierungsstoffen Allergien befördern. Kinder sehen und erleben die Speisenzubereitung nicht mehr, vielmehr lernen sie, dass Essen scheinbar

aus der Mikrowelle kommt. Wir alle wollen der Fast-Food-Mentalität eine gesunde Zubereitung und gesunden Genuss entgegensetzen.  
Diese Ziel würde mit der Abschaffung der Wirtschaftsküchen konterkariert.

## **21.) Keine Leistungskürzungen im Behindertenfahrdienst**

### **Beschlussvorschlag:**

Es erfolgen keine Einsparungen beim Fahrdienst.

### **Begründung**

Der Behindertenfahrdienst ist eine Leistung die erbracht wird, da es in Dortmund keine flächendeckende Barrierefreiheit im ÖPNV gibt. Solange dieses nicht gewährleistet ist, ist der Fahrdienst in vollem Umfang aufrechtzuerhalten.

Mit freundlichen Grüßen

f.d.R.

Wolf Stammnitz

Torsten Behrendt